

# "Den Kapitalismus abwählen?"

Eine Entgegnung von Bernhard Sander

Diese Frage ist so falsch gestellt, dass noch nicht einmal das Gegenteil richtig ist: Wie kann man etwas bewusst abwählen, dass kein Mensch jemals auf einem Wahlzettel bewusst gewählt hätte?!

Bevor ich jedoch auf dieses Thema zurückkomme, will ich - weil das wichtiger ist - die Aufmerksamkeit auf die Lage in NRW lenken:

1. DIE LINKE liegt in NRW bei 6 – 8 %. Sogar 30 % können sich vorstellen, DIE LINKE zu wählen. Dies ist seit der Befreiung vom Faschismus ein einmaliger Höchststand, auf den wir alle gemeinsam stolz sein können. Wir sollten wir uns dies nicht durch Jürgen Aust vermiesen lassen.

Die Argumentation ist von Wagenburg-Mentalität geprägt: „Wir sind eins gegen vier“, der Blick auf die politische Konkurrenz bleibt an der Oberfläche. Vorwiegend geißelt man die SPD, sie mache keine konsequente linke Politik. Man fordert also von der SPD etwas, was diese gar nicht leisten kann.

Wenn man sich überhaupt mit der CDU befasst, beschränkt man sich auf die allgemeine wie nichtssagende Feststellung, die CDU mache neoliberale Politik.

Schaffen wir uns einen kurzen Überblick:

- ⇒ In der Halbzeit-Bilanz der CDU/FDP-Landesregierung steht der Abbau von 13.000 Stellen im öffentlichen Dienst (von ca. 350.000) durch Auslagerung in Zweckgesellschaften, Gründung von öffentlich-privaten Partnerschaften, Aufgabenverlagerung auf die Städte und Kreise.
- ⇒ Zur reibungslosen Abwicklung wird das Personalvertretungsrecht soweit "reformiert", dass die Beschäftigten sich kaum dagegen wehren können.
- ⇒ Die Gemeindeordnung wird geändert, damit die Kommunen nur noch dort wirtschaftlich aktiv sein können, wo sie es "wirtschaftlich besser" als die Privaten machen können.
- ⇒ In der Bildungspolitik wird den finanziell Bessergestellten mit Aufhebung der Schulbezirksgrenzen Grundschul-Tourismus in die "besseren Viertel" ermöglicht. Mit dem Kinderbildungsgesetz entsteht ein Kindergartensystem mit Betreuungsstandards nach Einkommensklassen. Die Studiengebühren begrenzen die Bildungsprivilegien ebenfalls auf diejenigen, die es sich leisten können.
- ⇒ Die Pfründe für die Volksvertreter in den Räten werden erhöht, gleichzeitig werden ihre Rechte bei der Auswahl der Verwaltungsspitze beschnitten. Die Oberbürgermeisterwahl wird durch die Verkürzung auf einen Wahlgang bei Entkopplung von der Wahl der Räte zu einem autoritären Richtungs-Plebiszit.

Zweifellos macht die Regierungskoalition von CDU und FDP schneidige neoliberale Politik. Wie kommt es dann, dass die CDU die größte Arbeiterpartei in NRW ist und zur Zeit 43% Zustimmung in den Umfragen hat?! Es ist ein Faktum, dass die "Union unter dem Eindruck der unpopulären Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder (SPD) überall in Deutschland zur Mehrheitspartei der Arbeiterklasse mutiert (ist). Eigens gewonnen hatte die Union um die ungebildeten und hedonistisch disponierten jungen Männer der „underclass“ nicht. Sie waren ihr erkennbar fremd, ja unheimlich. So wusste die CDU seinerzeit nicht, wie sie mit den neu rekrutierten Wählern aus den gesellschaftlichen Kellergeschossen umgehen sollte. Sie entwickelte aber auch keine Strategie, um dieses fraglos schwierige Wählersegment zu halten.

... Die hoch anpassungsbereiten Mitte-Bürger haben in den vergangenen Jahren fast alles mitgemacht, was die meinungsführenden Eliten ihnen gepredigt haben: Sie haben frem-

de Sprachen gelernt, haben sich technische Neuerungen angeeignet, haben Fortbildungskurse besucht, haben die Arbeitszeit nach Bedarf gestreckt. Doch hat die bürgerliche Mitte nicht das Gefühl, dass diese Anpassungsleistungen auch honoriert wurden. Sie sehen sich vielfach als die eigentlichen Verlierer der „Sozialreformen“. ... Und sie fürchtet den Abstieg. Fast jeder hat in den zurückliegenden Jahren den sozialen Absturz eines Angehörigen der eigenen Schicht beobachten können. Schon deswegen ist die Mitte keineswegs wirtschaftsliberal. ... Dabei hat sich die Mitte keineswegs von der Gesellschaftsidee der Union verabschiedet. Gerade die Mitte hat das alte Versprechen von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft, von Aufstiegsmöglichkeiten für die Fleißigen, von der gewerblichen Betriebsgemeinschaft als der einen großen Familie begeistert aufgesogen. Doch die Entwicklung seit den achtziger Jahren hat dieser Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft mehr und mehr den Boden entzogen." (Prof. Franz Walter 26.2.2008)

Auf dieser Basis will Rüttgers sein "Bündnis der Leistungswilligen" schmieden, die vermeintliche Einheit von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit. Die Klammer soll darin bestehen, dass Leistung sich lohnen müsse und alle etwas davon haben, wenn jeder seine Stärken voll ausleben könne und jeder die Möglichkeit habe, Eigentum aufzubauen.

Die strategische Frage lautet also, wie kann DIE LINKE, zu der sich ja auch Jürgen Aust zugehörig fühlt, die gesetzgebende Macht dieser Partei begrenzen? Schließlich sind diese Veränderungen ja nicht von rebellierenden neoliberalen Demonstranten gefordert, sondern von frei gewählten Abgeordneten beschlossen worden. Oder will Aust solange warten, bis DIE LINKE allein stark genug ist, diese Macht zu brechen?! Dann müsste er erklären, warum er es bis dahin zulassen will, dass das Arbeitslosengeld I für Ältere nur auf Kosten der jüngeren Arbeitnehmerinnen verlängert wird, die weniger Jahre in die Arbeitslosenkasse einzahlen. Dann müsste Aust erklären, warum er es zulassen will, dass die Rüttgers-CDU eine Rentenabsicherung oberhalb der Grundsicherung nur für diejenigen organisieren will, die im Erwerbsleben genug verdienten, um eine private Rentenversicherung aufzusparen? Dann müsste Aust erklären, warum er den Stellenabbau und die Einschränkung von Arbeitnehmer-Rechten hinnehmen will. (Mal abgesehen von fortdauernden anderen Ungerechtigkeiten).

DIE LINKE steht also vor der Frage: Wie können wir WählerInnen von der CDU (aber auch von SPD, Grünen) wegholen und NichtwählerInnen mobilisieren? Die halbe Million, die DIE LINKE 2005 in NRW gewählt haben, sind beileibe keine Sozialisten. Mitnichten "verkaufen wir die Illusion, als sei ein Reformkatalog in Gestalt eines Dringlichkeitsprogramms im Rahmen bestehender Machtverhältnisse ohne weiteres realisierbar". Vielmehr herrschen Illusionen oft noch in den Köpfen derer, die zu uns stoßen. Und eigentlich ahnt Aust das auch, denn er schreibt von einem erforderlichen "Bewusstseinswandel in breiten Schichten". Wir sollten also gemeinsam nach den besten Wegen suchen, aus ProtestwählerInnen StammwählerInnen zu machen, die Ausgegrenzten aus der politischen Passivität zu holen und die abbröckelnden Mittelschichten für uns zu gewinnen.

**2.** Wir haben uns auf die Menschen einzulassen, wie sie aktuell sind, nicht wie wir sie uns zurecht machen. Marx hat dazu ausgeführt, dass der Reproduktionsprozess sowohl Auflösungsprozess bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse ist als auch beständige Wiedererzeugung. So wie die Resultate der materiellen Produktion hergestellt werden, so reproduzieren die Menschen auch die gesellschaftlichen Bedingungen: „Es ist also die beständige Reproduktion derselben Verhältnisse - der die kapitalistischen Produktion bedingenden Verhältnisse - , die sie nicht nur als gesellschaftliche Formen und Resultate dieses Prozesses erscheinen lässt, sondern zugleich als seine beständigen Voraussetzungen ... Diese Reproduktion ist aber keine bewusste und erscheint vielmehr nur in der beständigen Existenz dieser Verhältnisse als Voraussetzungen und

den Produktionsprozess beherrschenden Bedingungen.“ Kurz und knapp, die Menschen halten Güterproduktion weitgehend immer nur unter den Formen und Charaktermasken von Unternehmer und Lohnarbeiter für möglich. „Der Bürger sieht, dass das Produkt beständig Produktionsbedingung wird. Aber er sieht nicht, dass die Produktionsverhältnisse selbst, die gesellschaftlichen Formen, in denen er produziert und die ihm als gegebene, natürliche Verhältnisse erscheinen, das beständige Produkt - und nur darum die beständige Voraussetzung - dieser spezifisch gesellschaftlichen Produktionsweise sind.“ (MEW 26.3 S. 503) Dies nennt Marx Entfremdung. Und darum hatte das System Kapitalismus mit Massenentlassungen einzelner Unternehmen solange keine Legitimationsprobleme (außer bei den Entlassenen selbst), solange seine Dynamik ausreichte, an anderer Stelle neue Arbeitsplätze aufzubauen. Darum ist der Leistungsgedanke oft so wirkungsmächtig. Darum herrscht manchmal passive Hoffnungslosigkeit ("Die da oben setzen sich immer durch") oder Skepsis, die Kontinuität der Produktion nicht durch sozialistische Experimente zu gefährden.

**3.** Aust bastelt sich einen Gegensatz von politischer Arbeit im Parlament und der außerparlamentarischen Bewegung. Er beruft sich dabei auf das Schicksal der Grünen, deren reaktionäre Wende er auf das "Verebben autonomer gesellschaftlicher Bewegungen" zurückführt. CDU und SPD argumentieren übrigens ähnlich, wenn sie DIE LINKE als bloße Protestpartei niedermachen, die ihre Wähler nicht halten könne, wenn erst einmal der Protest ins Leere gelaufen sei.

Das würde erstens bedeuten, dass diese Bewegungen auch autonom bleiben müssten, also selbstbestimmt und nicht von einer Partei wie DIE LINKE angestoßen. Zweitens stellt sich die Frage, ob mit dem Verschwinden einer sozialen Bewegung aus den Schlagzeilen (z. B. der Anti-Hartz-Demonstrationen) auch das Widerstandspotential verschwunden ist. Jedoch sowohl die herrschende Politik als auch die Widersprüche des finanzgetriebenen Kapitalismus schaffen immer wieder Anlässe zur Auflösung überkommener sozialer Verhältnisse. Dadurch können fundamentale Gerechtigkeitsvorstellungen verletzt werden, z. B. die Aussicht breiter Schichten auf Altersarmut durch die Rente mit 67.

Die *Sozialistische Linke* in der Partei kritisiert, wenn auf diese Widerstandspotentiale und die Bewusstseinsstrukturen ihrer Träger nicht eingegangen wird. Wir kritisieren an der Berliner Regierungspolitik also keineswegs die parlamentarische Arbeit sondern eine Politik, die diese Widerstandspotenziale nicht mobilisiert und die bestehenden realen Konflikte nicht erläutert (leere Kassen und fehlende Finanzautonomie vs. widerstreitende Ansprüche auf mehr Lohn und kostenfreie öffentliche Einrichtungen usw.) Es ist intellektuell unredlich, Parlamentsarbeit unentwegt mit Regierung durcheinander zu werfen.

Die Wähler der Grünen verfügen heute über das höchste Haushaltseinkommen aller Parteien. Sie sind (ebenso wie die heutigen Sozialdemokraten) mit ihren neuen Themen in den Staatsadel eingerückt, weil diese Themen nicht wirklich systemgefährdend sind (die CDU in Hamburg ist gerade dabei, den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg aufzugeben). Sie machen Agenda-Politik, weil sie meinen, dass sie ihre Karriere der eigenen Leistungsbereitschaft verdanken – nicht etwa den Bildungsreformen der sechziger Jahre, der Öffnung der Universitäten für Arbeiterkinder und Frauen, d. h. dem Sozialstaat. Dieser Sozialstaat wurde von gewerkschaftlich organisierten Menschen in Normalarbeitsverhältnissen finanziert, die sich sicher genug fühlten, um Perspektiven zu entwickeln. Heute sind nur noch 67 % der Erwerbstätigen überhaupt sozialversicherungspflichtig beschäftigt, große Teile der abhängig Beschäftigten arbeiten in Teilzeit, befristeten oder Leiharbeitsverhältnissen. Die Organisation eines einigermaßen geregelten Einkommens ist für diese Menschen schon schwer genug, als dass wir ihnen den Alarmismus der permanenten außerparlamente-

tarischen Mobilisierung zumuten könnten.

Selbst die Demonstrationen von 2 bis 3 Millionen Franzosen gegen den "Ersteinstellungsvertrag" oder gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit kamen nicht spontan zustande. Ihnen gingen Monate sehr viel kleinerer Demonstrationen und die kleinteilige Überzeugungs- und Erklärungsarbeit der Gewerkschaften voraus. Der Einsatz für den Erhalt der bestehenden Regelungen mündete leider weder in die Verständigung auf ein gemeinsames Programm zur Beschäftigungs- oder Rentensicherung. Und obwohl der Widerstand mit dem Nein zum EU-Verfassungsvertrag schon politisiert war, wurde der Neoliberale Sarkozy von der Mehrheit der einfachen Arbeiter zum Staatspräsidenten gewählt. Das französische Beispiel zeigt, wie schwer es ist, außerparlamentarische Mehrheiten in parlamentarische Macht umzuwandeln. Ein Hinderungsgrund war die Zerstrittenheit der linken Kandidaturen.

Die Geisterdebatte über Parlamentsarbeit und Regierungsbeteiligung wird ohne konkreten Anlass in NRW geführt. Sie bewirkt dieselbe Zerstrittenheit. Aust bleibt die Belege für eine Rechtsentwicklung der Partei, der Programmatik usw. schuldig. Zugestanden sei, dass die demokratischen Mehrheitsbeschlüsse unserer Partei in Sachfragen nicht die ultra-linke Meinung von Aust abbilden. Aber rechtfertigt dies die Behauptung, eine "hauptsächlich parlamentarische Ausrichtung der Politik wird ... von ihrer Parteiführung und der mit ihr identischen Fraktionsspitze favorisiert"? Dieser direkte Angriff auf Lafontaine wird anderen Kritikern in der Partei (z.B. denen aus Berlin und Sachsen-Anhalt) nur willkommen sein.

Nach dem Prinzip "Viel Feind, viel Ehr" phantasiert sich Aust in seiner Wagenburg-Mentalität einen nicht existierenden Gegner zurecht, gegenüber dem er dann als aufrechter Gallier Sturm läuft. Dazu zählt Aust, der laut Bundes-Homepage der AKL der offizielle Ansprechpartner der AKL in NRW ist, ohne Blick für die Unterschiede:

- den Landessprecher Wolfgang Zimmermann, der ebenfalls zur AKL gehört,
- die Landessprecherin Ulrike Detjen, die zu den Gründungsmitgliedern der „ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“ gehört,
- die *Sozialistische Linke*
- und das FDS.

Leider hat Austs Aufsatz nicht die Wirkung eines Zaubertranks. Die Wirkung von Wahlen besteht unter anderem in der Macht der großen Zahl. Und interessanterweise warnen gerade GenossInnen wie Katina Schubert vor einer Strategie der bloßen "Stimmenmaximierung". Wohin zieht es jetzt Aust eigentlich? Die AKL sollte sich nun endlich einmal untereinander verständigen, wie sie die Landespolitik bewertet und wie sie zum Parlament steht.

**4.** Wenden wir uns zum Schluss noch Rosa Luxemburg zu, die Aust als Kronzeugin heranzieht. Ihre Thesen über die Parlamentsarbeit hat sie noch zu Zeiten des Kaiserreiches formuliert, als für den Reichstag noch ganz andere, undemokratische Regeln herrschten.

Luxemburg behandelte später die Wechselbeziehung zwischen Außerparlamentarisch und Parlamentarisch genauso wie die *Sozialistische Linke* es tut: als dialektische Beziehung. In ihrem Aufsatz über die russische Revolution kritisiert sie: „Trotzki (schließt) aus der speziellen Unzulänglichkeit der im Oktober zusammengetretenen Konstituierenden Versammlung auf die Überflüssigkeit jeder Konstituierenden Versammlung... Nach Trotzki's Theorie widerspiegelt jede gewählte Versammlung ein für allemal nur die geistige Verfassung, politische Reife und Stimmung ihrer Wählerschaft just in dem Moment, wo sie zur Wahlurne schritt... Jeder lebendige geistige Zusammenhang zwischen den einmal gewählten und der Wählerschaft, jede dauernde Wechselwirkung zwischen beiden wird hier geleugnet! Wie sehr widerspricht dem alle geschichtliche Erfahrung. Diese zeigt uns umgekehrt, dass das lebendige Fluidum der Volksstimmung be-

ständig die Vertretungskörperschaften umspült, in sie eindringt, sie lenkt... Und je demokratischer die Institution, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, um so unmittelbarer und genauer die Wirkung - trotz starrer Partei-schilder." (Gesammelte Werke Bd. 4 S. 354 f.)

Es wäre also fatal, abzuwarten, bis wir 50,1% der Stimmen haben. Veränderungen bewirken wir schon vorher, weil auch andere Parteien auf die Stimmungen der WählerInnen reagieren. Nichts anderes haben wir beim Mindestlohn erlebt. Immerhin halten uns in der Frage des gesetzlichen Mindestlohns 35% der Befragten für die glaubwürdigste Partei.

Lasst uns solches Vertrauen auch in anderen Themenfeldern erarbeiten!